

***Politik muss den Bürgern dienen.***

**Kommunalwahlprogramm  
für den Landkreis Gifhorn**



**AfD**

**AfD Kreisverband Gifhorn**



# Programm

## für den Landkreis Gifhorn

Alternative für Deutschland

Kreisverband Gifhorn

### Inhalt

	Vorwort	2
1.	Die Bürgerbeteiligung stärken	3
2.	Für eine bürgerorientierte Verwaltung	5
3.	Die Familien sind die Basis unserer Gesellschaft	6
4.	Für bezahlbaren Wohnraum	8
5.	Voraussetzungen für ein gutes Bildungssystem schaffen	10
6.	Eine bürgernahe Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherstellen	11
7.	Mittelstand und Handwerk	12
8.	Für eine selbstbestimmte und freie Mobilität	13
9.	Unsere regionale Landwirtschaft stärken	14
10.	Mehr Sicherheit und Ordnung in der Region	15
11.	Umweltschutz und Heimatpflege	16
12.	Ehrenamt und Vereinswesen unterstützen	17
13.	Integration statt "Bunte Vielfalt"	18
14.	Asyl	19
15.	Solide Finanzen	21

## Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Ich werde am 12. September mit diesem Programm für den Landkreis Gifhorn als Landratskandidat bei der Kommunalwahl antreten.

Nach 5 Jahren im Gifhorer Stadtrat muss ich feststellen, dass selbst die Politik hier vor Ort nicht mehr bereit oder in der Lage ist, die Interessen der Bürger umzusetzen, geschweige ihnen überhaupt zuzuhören.

Viele Menschen in unserem Landkreis fühlen sich von der Politik vor Ort nicht mehr



verstanden. Ich möchte das Vertrauen der Bürger zurückholen, durch Bürgerbeteiligung und Transparenz.

Hinterzimmer- Politik und einer zunehmenden Bevormundung erteile ich eine Absage. Verwaltung und Politik sind Ihre ersten Diener und nicht Ihre Erziehungsberechtigten. Auch möchte ich, dass unsere Dörfer und Gemeinden wieder stärker in die Entscheidungen auf Kreisebene eingebunden werden.

Am Herzen liegen mir unsere Familien. Besonders die Mütter verdienen wieder mehr Wertschätzung und starke Netzwerke. Statt „Gendermainstreaming“ möchte ich, dass alle politischen Entscheidungen im

Hinblick auf die Familienfreundlichkeit bewertet werden.

Zur Lebensrealität in unserem Landkreis gehört auch, dass das Auto das wichtigste Verkehrsmittel viele unserer Bürger ist. Deswegen lehne ich eine ideologisch motivierte Verkehrsplanung, einseitig zu Lasten der Autofahrer ab.

Öffentlichen Dienstleistungen, wie Abfallwirtschaft und der ÖPNV müssen für Sie bezahlbar bleiben. Es ist Ihnen nicht zuzumuten, dass Sie mit ihren Abfallgebühren Prestigeprojekte wie eine kaum erprobte und mit Risiken bis in die Millionenhöhe behaftete Photovoltaik-Wasserstoffanlage bezahlen müssen. Gleiches gilt für den ÖPNV. Solange Elektrobusse weder ökonomisch, noch in ihrer Umweltbilanz mit den bewährten Technologien mithalten können, ist auf einen flächendeckenden Einsatz zu verzichten.

Geben Sie meiner Partei und mir Ihre Stimme, denn wir meinen es gut mit Ihnen und unserer Heimat!

*Ihr Robert Preuß*

*Landratskandidat, 2021*

## 1. Die Bürgerbeteiligung stärken

Mehr Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist eines der großen Ziele für unser Land, für unsere Bürger. Solange keine wesentlichen Änderungen im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) durch das Landesparlament beschlossen werden, bleibt nur die Möglichkeit verstärkt Bürgerumfragen durchzuführen – und auch zu berücksichtigen! Dies ist derzeit der einzige Weg dem Desinteresse und der Politikverdrossenheit entgegenzutreten.

- Wir wollen uns verstärkt der Verpflichtung der Verwaltung bedienen, nach der diese die Einwohner bei Anträgen und Begehren zu unterstützen haben.
- Wir verteidigen den Grundsatz der Subsidiarität. Politische Entscheidungen müssen nah am Bürger getroffen werden. Wir wollen, dass die Gemeinden ihre Aufgaben möglichst ohne Einmischung der Kreisverwaltung wahrnehmen können. Wir werden die Orts- und Gemeinderäte im Landkreis Gifhorn stärken und mit mehr Mitsprachemöglichkeiten ausstatten.
- Die zunehmende Bevormundung durch die Landes-, Bundes, und EU-Politik auf die Selbstverwaltungsaufgaben unseres Landkreises lehnen wir ab. Dazu gehören insbesondere Förderungen von ideologisch motivierten Projekten.
- Durch den Einsatz niedrighschwelliger Beteiligungsmöglichkeiten, wie Bürgerbefragungen, Beteiligungsplattformen und Bürgerhaushalte sollen die Bürger stärker an kommunalpolitischen Entscheidungen mitwirken können. In regelmäßigen Abständen wollen wir grundsätzliche Fragen, u.a. zum Sicherheitsgefühl und zur Lebensqualität, unter Einbindung der Städte und Gemeinden und kompetenter Sozialforscher erfragen.
- Lokale Bürgerbündnisse und -initiativen sollen zukünftig stärker an der politischen Willensbildung partizipieren können.
- Intransparenz und die Hinterzimmer- Politik der Altparteien haben die Demokratie und das Vertrauen in die Politik beschädigt. Deshalb wollen wir die Bürger mit umfassenden Informationsrechten ausstatten und so die Transparenz in die Behörden, Gremien und öffentlichen Unternehmen wiederherstellen. Dieses entsprechende Recht wollen wir durch eine Informationsfreiheitsatzung regeln.

- Es darf keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte mehr geben, in denen richtungsweisende Themen hinter verschlossenen Türen angesprochen und entschieden werden. Dies gilt insbesondere auch für alle finanz- und haushaltsrechtliche Themen. Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen, ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite.

## 2. Für eine bürgerorientierte Verwaltung

Die Bürger müssen den öffentlichen Dienst bezahlen. Daher haben sie einen Anspruch auf schlanke, effiziente und bürgernahe Verwaltungsstrukturen. Entscheidungen sollen dort vor Ort getroffen werden, wo der Entscheidungsbedarf entsteht. Wir wollen daher Verwaltungsabläufe und -strukturen dezentralisieren.

- Wir wollen eine systematische Aufgabenkritik in unseren Verwaltungen etablieren um den ständigen Personalstellenzuwachs in der Kreisverwaltung einzudämmen. Ideologisch motivierte Verwaltungsstellen, wie den „Klimaschutzmanager“, lehnen wir ab.
- Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Abläufe zu beschleunigen.
- Wir verfolgen das Ziel, dass in der Kreisverwaltung sämtliche Behördengänge digital, das heißt sowohl mobil per App als auch über Internet-Browser, ermöglicht werden. Gerade bei Baugenehmigungen bietet die Digitalisierung enormes Potenzial zur Beschleunigung und Vereinfachung.
- Wir wollen verbindliche und transparente Bearbeitungsfristen und -abläufe für Bürgeranträge etablieren, um die Qualität und die Bearbeitungszeiten für Bauanträge zu verkürzen.
- Schluss mit der Gendersprache! Die Verwaltungssprache darf sich nicht von der Alltagssprache der Bürger entfernen. Wir fordern, dass die Verwaltung auf Schreibweisen verzichtet, die durch die amtlichen Orthografie- und Rechtsschreibregelungen nicht gedeckt sind.
- Allen Tendenzen eines Multikulti in der Kreisverwaltung erteilen wir eine Absage. Alle Bewerber müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.
- Kompetenz kennt keine Quote: Unabhängig von allen sonstigen „weichen“ Faktoren soll es bei Einstellungen primär auf die Fachkompetenz und nicht auf Herkunft, Geschlecht oder Parteibuch ankommen.

### 3. Die Familien sind die Basis unserer Gesellschaft

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien in allen kommunalpolitischen Themen. Alle kommunalen Leistungen müssen systematisch auf deren Familienfreundlichkeit geprüft werden. Zur erweiterten Familie gehören auch Groß- und Urgroßeltern. Wir wollen den Familienzusammenhalt stärken. Deswegen unterstützen wir die häusliche Pflege und Mehrgenerationen- Wohnformen.

- Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragten zu Familienbeauftragten aufwerten.
- Verwaltungsgebäude müssen mit öffentlich zugänglichen Wickel- und Stillräumen und Dienststellen mit Publikumsverkehr mit Kinderspielecken ausgestattet werden. Wir wollen mehr Informationsangebote über familienspezifische Leistungen der Kreisverwaltung unseren Bürgern zur Verfügung stellen.
- Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial- bzw. Jugendausschuss) eingebunden und werden damit häufig von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert. Um die kommunale Familienpolitik im Landkreis Gifhorn aufzuwerten, fordern wir die Einrichtung eines Familienausschusses.
- Wir unterstützen Familien, die ihre Kinder bis zum 3. Lebensjahr zu Hause betreuen, damit sie eine echte Wahlfreiheit zwischen familiärer Betreuung und staatlich subventionierter Fremdbetreuung haben. Neben dem Regelbetrieb wollen wir deshalb kurzfristige und ergänzende Betreuungs- und Erziehungsangebote für Kleinkinder schaffen. Tagesmütter- und Hebammenbetreuungsnetzwerke wollen wir stärken.
- Dem einseitigen Ausbau von Kita-Kapazitäten in den letzten Jahren muss nun eine Qualitätsoffensive folgen, die vorhandene Ressourcen und Grenzen der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Betreuungssystems klar im Blick behält. Eine Dritte Kraft in den Kitas ist umfassend durch die Landesregierung zu 100% zu bezahlen. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, die bisherigen Versprechungen einzuhalten.

- Wir fördern eine aktive Baulandpolitik für Familien mit Kindern. Familien sollen bei der Flächenzuweisung bevorzugt werden. Außerdem befürworten wir Vergünstigungen bei der Baulandvergabe.
- Wir wollen günstigen Wohnraum für junge arbeitende Familien mit Kindern (4- Zimmer- Wohnungen) schaffen. Als Kriterium für die Zuschlagserteilung für Mehrfamilienhaus-Bauträger soll die Schaffung von intergenerativen Spiel- und Begegnungsflächen in die Bauleit- und Flächennutzungsplanung mit eingeplant werden.
- Wohnraummangel, das bröckelnde Alterssicherungssystem und der Fachkräftemangel in der Pflege machen Fördermodelle notwendig, die den mehrgenerativen Familienzusammenhalt stärken. Deswegen möchten wir Mehrgenerationenhaushalte fördern.
- Wir begrüßen die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen wie Tele-Arbeit, Home-Office und Gleitzeit zugunsten berufstätiger Eltern und Alleinerziehender. Wir verfolgen das Ziel, dass grundsätzlich jede Stelle in der Verwaltung auch in Teilzeit ausgeübt werden kann.

## 4. Für bezahlbaren Wohnraum

Die landesweit prekäre Wohnraumsituation hat den Landkreis Gifhorn längst erreicht. Wir unterstützen grundsätzlich die Bemühungen im Kreis, zusätzlich zu den Landes- und Bundesförderungen günstige und sozialverträgliche Mietwohnungen zu schaffen. Nach unserer Ansicht bedarf es aber einen gesunden Mix aus objekt- und subjektbezogener Wohnraumförderung um den Wohnungsmarkt zu entlasten. Deswegen wollen wir insbesondere Familien dabei unterstützen ihren Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Für Familien ist es immer schwerer, Bauland und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deswegen wollen wir das Wohnen im ländlichen Raum für diese preiswerter und attraktiver machen.

- Die Wohnnebenkosten müssen deutlich reduziert werden. Deswegen fordern wir, dass die Abfallwirtschaft im Landkreis Gifhorn nach den gesetzlichen Vorgaben und zu möglichst niedrigen Gebühren organisiert wird. Die Finanzierung von Ideologisch begründeten Prestigeprojekten auf Kosten der Gebührenzahler, wie eine Photovoltaik-Wasserstoffanlage im Abfallwirtschaftszentrum Ausbüttel, lehnen wir ab.
- Einer Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft unter Inkaufnahme höherer Kosten für die Gebührenzahler, erteilen wir eine Absage.
- Wir lehnen die Bevormundung durch Bauleitlinien ab, bei denen Eigentümern ideologische Vorgaben gemacht werden. Das betrifft beispielsweise die Vorgabe bestimmter Heiztechnologien und die Reduzierung der Anzahl wohnungsnaher Stellplätze für PKW.
- Die Ermessensspielräume bei Planungsverfahren und Bauanträgen sind grundsätzlich im Sinne des Bürgers voll auszuschöpfen. Nicht alle Bauvorgaben sind durch Bundes- und Landesgesetze erzwungen. Daher wollen wir die Bauverwaltung verpflichten, ihre gemeindeeigenen Bauvorgaben zu durchforsten, um Vorgaben, die das Bauen unnötig verteuern, zu streichen.
- (Klima-)Ideologisch motivierte Bauvorschriften sollen ersatzlos gestrichen werden.

- Schluss mit den „Sicheren Häfen“: Der unbegrenzte Zuzug erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt. Um der Wohnraumverknappung, insbesondere im bezahlbaren Mietwohnbau entgegenzuwirken, muss der Migrationsdruck auf unseren Landkreis schnell beendet werden.

## 5. Voraussetzungen für ein gutes Bildungssystem schaffen

Wir bekennen uns zum Humboldt'schen Bildungsideal und treten daher für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes und durchlässiges Schulsystem im Landkreis Gifhorn ein. Die Rückkehr zu dem bewährten dreigliedrigen Schulsystem streben wir an. Bildungseinrichtungen sollen ein klares Bekenntnis zur deutschen Kultur und Lebensweise vermitteln.

- Kleine Grundschulen müssen erhalten bleiben. Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Hier müssen die kommunalen Schulträger im Sinne des Erhalts der Dorfschulen aktiv werden.
- Wir unterstützen eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Ein digitalisierter Heimunterricht, wie zu Corona-Zeiten, darf aber nur eine Ausnahme, nie die Regel sein.
- Wir setzen uns langfristig für die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und freies Schulesen für alle Kinder ein.
- Die kommunalen Schulträger sollen sich in besonderen Maße für den Erhalt der Förderschulen als eigenständigen Zweig in den allgemeinen Schulen einsetzen. Denn für uns ist es wichtig, dass Menschen mit Beeinträchtigung sich immer als Teil unserer Gesellschaft verstehen.
- Durch die zunehmende Zahl an Studenten wird der Fachkräftemangel zusehends verstärkt. Wir wollen gemeinsam mit dem Mittelstand und den Berufs- und weiterführenden Schulen eine Ausbildungsoffensive starten und Schüler langfristig an unseren Landkreis und die heimischen Betriebe binden.
- Vom Fachkräftemangel sind vor allem der Handwerks-, Industrie- und Dienstleistungssektor betroffen. Um die Standortattraktivität und Lebensqualität in unserer Region zu sichern, brauchen wir deshalb gute duale Ausbildungsmöglichkeiten. Aus diesem Grund müssen wir die Berufsschulen mit zeitgemäßen Technologien und Prozessen ausstatten, um unsere Fachkräfte von Morgen zukunftsorientiert vorzubereiten.

## 6. Eine bürgernahe Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherstellen

Wir wollen das Gesundheitssystem mit der Zielsetzung reformieren, dass eine am Menschen orientierte wohnortnahe medizinische Versorgung sichergestellt wird. In den nächsten Jahren droht eine erhebliche Unterversorgung an Hausärzten im Landkreis Gifhorn. Das bedeutet, genau hinzuschauen, dass mit den Mitteln des Kreises das Ziel einer adäquaten Hausärzteversorgung erreicht und beibehalten wird.

- Wir stehen für eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung im Landkreis Gifhorn und unterstützen eine Krankenhaus- Nahversorgung für Notfälle. Mittelfristig stehen wir für den Erhalt eines Krankenhaussystems, das sich vollständig aus eigenen Mitteln ohne Zuschüsse des Landkreises Gifhorn finanziert.
- Wir fordern eine Arbeitsgruppe "Kommunale medizinische Versorgung" einzurichten, in der Politik, Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenhäuser vertreten sind. In dieser Arbeitsgruppe sollen lokale Lösungsvorschläge für eine zukunftssträchtige ärztliche Nahversorgung erarbeitet werden.
- Wir streben eine Bestandsaufnahme der ambulanten und häuslichen Pflege im Kreis an. Eine Nachsteuerung bei evtl. Lücken, eine Verbesserung des Standards und die Unterstützung bei der richtigen Umsetzung für den einzelnen betroffenen Bürger (z.B. Pflegescout etc.) sind unsere Ziele.
- Wir möchten unseren Bürgern ein langes selbständiges Leben im Alter ermöglichen. Neben der Stärkung der häuslichen Pflege wollen wir die wichtige Arbeit ehrenamtlicher Wohnberater in den Fokus rücken. Um diese zu unterstützen und weiter zu qualifizieren, schlagen wir den Beitritt des Landkreises zur Arbeitsgemeinschaft Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung e.V. (BAG) vor.

## 7. Mittelstand und Handwerk

Unser Landkreis braucht einen starken Mittelstand. Das Handwerk und der Mittelstand stellen einen Großteil der Arbeitsplätze und bilden mit ihrer Flexibilität und Erfindungsreichtum einen regionalen Stabilitätsanker für unsere Wirtschaftsstruktur. Daher ist eine stetige und kontinuierliche Weiterentwicklung aller Wirtschaftsstandorte im Landkreis Gifhorn die Grundlage sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche.

- Alle Verfahren mit Behördenbeteiligung, u.a. prüffähige Anträge, Genehmigungen für Schwerlasttransporte oder Anhörungs- und Beteiligungsverfahren müssen zügig bearbeitet werden. Dazu werden wir feste Gütekriterien in der Kreisverwaltung etablieren. Durch die Umsetzung fester Serviceversprechen und Terminzusagen möchten wir verlässliche Verwaltungsleistungen sicherstellen.
- Wir werden uns für eine schnelle und zeitnahe Begleichung von Rechnungen für erbrachte Leistungen für öffentlicher Aufträge im Landkreis einsetzen.
- Die Ausweisung neuer Gewerbeflächen ist gemeinsam zwischen dem Landkreis und den Gemeinden zu gestalten.
- Eine gute verkehrstechnische Anbindung, insbesondere der Orts- und Mittelzentren an das Umland, ist für den lokalen Einzelhandel von enormer Bedeutung. Wir wollen den Ausbau wichtiger (Wasser-) Straßen und Schieneninfrastruktur im Landkreis voranbringen, um insbesondere im Norden des Landkreises neue Potenziale für Gewerbebetriebe zu eröffnen.
- Um die Standortattraktivität für angehende Selbstständige und Firmengründer zu erhöhen, setzen wir uns in Absprache mit der lokalen Kreishandwerkerschaft für die Einrichtung von Gründerzentren für junge Handwerksunternehmen ein.
- Wir wollen Anreize schaffen, damit Firmen-Neugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden. Wir wollen deshalb das Angebot an zeitlich flexibler und kollaborativer Arbeitsformen (Coworking) im Kreisgebiet ausbauen.
- Wir wollen die Wirtschaftsförderung als Dienstleister für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausrichten.

## 8. Für eine selbstbestimmte und freie Mobilität

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierten Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnen wir ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss zudem bezahlbar bleiben.

- Die AfD steht für die Entwicklung und den Ausbau von Schnellwegekonzepten für die unterschiedlichen Verkehrsträger. Die bisher vorhandene Verkehrsinfrastruktur muss erhalten und bei Bedarf erweitert werden.
- Der Radwegeverkehr muss dahingehend ausgebaut werden, dass alle Ortschaften im Landkreis mit dem Rad angefahren werden können.
- Die Bedürfnisse des kleinteiligen Wirtschaftsverkehrs dürfen bei der zukünftigen Verkehrsplanung nicht aus dem Blick geraten. Unsere Ortszentren dürfen die Autofahrer nicht aussperren.
- Verkehrstechnische Maßnahmen mit dem Ziel, den Individualverkehr künstlich zu behindern, lehnen wir grundsätzlich ab. Außerdem sollten abseits von Unfallschwerpunkten Ampelanlagen in Zeiten geringen Verkehrsaufkommens grundsätzlich abgeschaltet werden.
- Unser Ziel ist ein ausgewogener Mix aus Individualverkehr und Öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV).
- Die öffentlichen Verkehrsangebote in sind in ländlichen Gebieten oft nicht mehr durchsetzungsfähig, so dass viele Dorfgemeinschaften mit neuen innovativen Mobilitätsoptionen das ÖV-Angebot effizient ergänzen. Wir wollen deshalb bürgerschaftliche Mitnahmeverkehre (Mitfahrbänke, Bürgerbusse, lokalem Carsharing) im ländlichen Raum unterstützen.
- Wir stehen fortschrittlichen und sicheren Mobilitätstechnologien offen gegenüber. Den Einsatz von Elektromobilität im ÖPNV lehnen wir ab, solange dieser weder ökonomisch noch in seiner Umweltbilanz mit den bewährten Technologien mithalten kann.

## 9. Unsere regionale Landwirtschaft stärken

Die Versorgung der eigenen Bevölkerung, sowie die Wirtschaftlichkeit und Wertschöpfung heimischer Lebensmittel, muss gewährleistet sein. Deshalb tritt die AfD für den Erhalt der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, mit dem Ziel einer Versorgungssicherheit mit nationalen und regionalen Produkten ein.

- Die Erzeuger sind in der Lebensmittelkette zu stärken. Dazu gehört auch die Erhaltung attraktiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für Junglandwirte bei der räumlichen Planung und Entwicklung.
- Wir wollen die landwirtschaftliche Direktvermarktung im Landkreis Gifhorn vereinfachen und stärken, indem wir öffentlich und zentral Anbieter und Nachfrager über Märkte und weitere Verkaufsmöglichkeiten in Abstimmung mit den Kommunen informieren.
- Wir müssen unsere regionale Landwirtschaft vor den Folgen einer verschärften und teilweise wachstumsverhindernden Düngeverordnung schützen. Denn diese widerspricht dem individuellen Düngebedarf von Kulturpflanzen wie auch dem Erhalt der Artenvielfalt.
- Naturschutz und Landschaftspflege sind kein Gegensatz zur landwirtschaftlichen Nahrungsmittelversorgung.
- Der Ausbau der „erneuerbaren“ Energien ist zu Gunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft einzuschränken. Gesunde Nahrungsmittel sind einer ideologisch begründeten „Energiewende“ vorzuziehen.
- Bewilligungsverfahren für den Bau oder Umbau für eine artgerechte Nutztierhaltung sind unter Einhaltung der Deutschen Tierschutzverordnung deutlich zu beschleunigen.
- Wir wollen eine landesweite „Bildungsinitiative Landwirtschaft“ anstoßen. Bereits der junge Mensch muss wissen, dass die Nahrung nicht aus dem Kühlregal kommt.

## 10. Mehr Sicherheit und Ordnung in der Region

Die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung durch staatliche Institutionen ist ein Schutzrecht des Bürgers. Polizei, Soldaten und Rettungsdienste verdienen besondere Anerkennung und Würdigung im Landkreis Gifhorn. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen.

- Wir setzen uns für mehr Klarheit und Ehrlichkeit zum Thema Verlust von Sicherheit in öffentlichen Räumen ein. Man kann nur handeln, wenn klar ist, wo es Handlungsbedarf gibt. Wir wollen regelmäßig die Bürger zu ihrem Sicherheitsgefühl im Landkreis Gifhorn befragen und uns ihren Sorgen annehmen.
- Die Hemmschwelle für Angriffe gegenüber den Beschäftigten von Ordnungsämtern und Rettungsdiensten ist stark gesunken. Beschäftigte in unseren kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren, Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen vor Angriffen besser geschützt werden. Wir fordern die rigorose Verfolgung von Straftaten durch eine enge Zusammenarbeit der kommunalen Akteure mit der Polizei.
- Feuerwehr- und Rettungsdienste sind das Rückgrat eines straffen und gut organisierten Bevölkerungsschutzes. Der Nachwuchsgewinnung und langfristiger Personalbindung muss im Landkreis Gifhorn eine höhere Bedeutung zukommen. Wir setzen uns deshalb für eine Erhöhung der Förderbeiträge für die Jugendarbeit der Feuerwehren ein und wollen mit den Vertretern der Rettungsdienste ein Konzept zur Unterstützung ihrer Nachwuchsarbeit erörtern.

## 11. Umweltschutz und Heimatpflege

Unsere ländlichen Räume sind Kulturräume und als solche schützenswert, sehenswert und lebenswert. Wir sehen uns der natürlichen und historisch gewachsenen regionalen Vielfalt und Eigenart unserer Region verpflichtet.

- Wir wollen einen Fachausschuss für Umwelt und Heimatpflege, in dem alle Maßnahmen der Natur- und Landschaftspflege, Denkmalpflege, Museumswesen, historische Heimatkunde und Brauchtum behandelt werden.
- In der Heimatpflege sehen wir einen wichtigen Beitrag zur Pflege der Verbundenheit mit dem Landkreis Gifhorn als ein Raum sozialer Zugehörigkeit. Wir fördern und bewahren die Vielfalt der heimischen Kultur, Sprache und Literatur und wollen diese in angemessener Qualität erhalten, weiterentwickeln und allen Menschen zugänglich machen.
- Wir unterstützen die Bereitstellung und finanzielle Sicherung unserer Traditions-, insbesondere Schützenfeste.
- Das Betriebskonzept der Tankumsee GmbH ist gescheitert. Vor diesem Hintergrund verfolgen wir das Ziel eines alternativen bürgerschaftlichen Betriebskonzepts, das auch steuerliche Vorteile und weitergehende Fördermöglichkeiten eröffnet.
- Wir lehnen einen weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis Gifhorn ab, weil sie die gewachsenen Kulturlandschaften nachhaltig zerstört. Windenergienutzung ist mit den Belangen des Natur- und Artenschutzes unvereinbar, weil diese nachweislich die Biodiversität zerstört.
- Naturschutz lässt sich nur im Einklang zwischen Mensch und Natur realisieren. Deswegen müssen bei der Neuausweisung von Naturschutzgebieten und im Rahmen der Beteiligungsverfahren Öffnungsklauseln für Angler und Jäger möglich sein. Wer Menschen aus der Natur ausgliedert, darf sich nicht wundern, wenn das Verantwortungsbewusstsein für die eigene Umwelt sinkt.

## 12. Ehrenamt und Vereinswesen unterstützen

Das Ehrenamt ist ein bedeutendes Gut unserer Gesellschaft. Ohne dieses wäre unsere Gesellschaft nicht annähernd so leistungsfähig, im Gegenteil, das Ehrenamt ersetzt mittlerweile oft die Aufgaben des Staates. Deswegen ist das Ehrenamt auch besonders zu unterstützen, zu beschützen und zu erhalten.

- Das gemeinnützige kommunale Ehrenamt, Schützenvereine, Sportförderung, freiwilligen Feuerwehr und die Familien- und Kinderförderung sind bei der Vergabe von freiwilligen Leistungen besonders zu berücksichtigen.
- Kommunale Förderungen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und dürfen lautstarke Minderheiten nicht privilegieren. Die Gewährung von freiwilligen Zuschüssen und Sachleistungen müssen im ausgewogenen Verhältnis zur Mitgliederstärke der Antragsteller stehen.
- Unsere Turn- und Sportvereine leisten im Breitensport einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und fördern die Gesundheit unserer Bürger. Wir wollen daher die Vereine und Verbände so unterstützen, dass sie ihre Anlagen unterhalten können.
- Durch Kooperationen zwischen Landkreis und Sportverbänden mit den Kindergärten und Schulen können Synergieeffekte erzielt werden, so dass Defiziten (Bewegungsmangel, frühzeitiger Gesundheitsschädigung, sozialer Vereinzelung) entgegengewirkt wird.
- Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbare Wert für unsere Gesellschaft. Nur ausgebildete Trainer können eine nachhaltige und erfolgreiche Vereinsarbeit gewährleisten. Deshalb soll der Qualifikationserwerb durch den Landkreis unterstützt werden.
- Vereinen und Verbänden, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz nicht abgeleitet werden kann, dürfen keine kommunalen Förderungen erhalten. Dazu gehören u.a.: verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen, wie die Antifa, Islamisten und Rechtsextremisten, Gender Mainstreaming und sexuelle Vielfalt, Anti-Kapitalismus-Projekte, linke Pazifismusforschung, die Förderung illegaler Einwanderung, die Verhöhnung der Opfer von Straftaten durch „Täter-Opfer-Ausgleich“.

## 13. Integration statt "Bunte Vielfalt"

Das Integrationskonzept des Landkreises Gifhorn ist fehlerhaft, weil es die Verschiedenheit einzelner Migrantengruppen von der deutschen Bevölkerung überbetont und so ihre Abgrenzung und Bildung von Parallelgesellschaften fördert. Integration im deutschen Interesse bedeutet, Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, die sich mit unseren Werten, unserer Gesellschaft und unseren Leitprinzipien verbunden fühlen. Dabei kommt den Akteuren in der Heimat- und Traditionspflege eine besondere Bedeutung zu, da sie den Ausländern den kulturellen Wert unserer Heimat vermitteln können.

- Integration ist keine Einbahnstraße. Sie ist eine Bringschuld des Zuwanderers. Integrationsziele sind klar zu benennen, zu definieren und eindeutig nach außen zu kommunizieren.
- Wir wollen integrationswillige Ausländer mit dauerhafter Bleibeperspektive beim Erwerb der deutschen Sprache unterstützen und sie ermutigen, sich im Breitensport, Schützenwesen und im Brand- und Katastrophenschutz zu engagieren.
- Wir sehen es für dringend erforderlich, dass Kinder vor der Einschulung die deutsche Sprache erlernt haben. Im Rahmen von Bewegungsangeboten wollen wir die sprachliche Entwicklung der Kinder im Vorschulalter stärken. Dabei werden wir verstärkt auf die Zusammenarbeit mit den Sportverbänden setzen.
- Wir sind überzeugt, dass Integration nur im Dialog zwischen denen, die Heimat vermitteln und denen, die Heimat gewinnen wollen funktioniert. Bei der Integration von Ausländern wollen wir verstärkt auf die Zusammenarbeit mit den Heimatverbänden setzen.
- Im Bereich der Integration darf es keine kommunale Zusammenarbeit mehr mit linken und gegen den Rechtsstaat gerichteten Vereinen und Sozialverbänden geben, die Migranten für ihre politischen Ziele missbrauchen und sie gegen den Rechtsstaat und die Mehrheitsgesellschaft aufhetzen.
- Sämtliche anderen kommunal geförderten Integrationsprojekte sind auf ihre Erfolgswirksamkeit zu prüfen, um der wachsenden Asylindustrie Einhalt zu gebieten.

## 14. Asyl

Wir bekennen uns uneingeschränkt und mit voller Überzeugung zum Recht auf (individuelles) Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Wir kritisieren jedoch, dass das Asylrecht sinn- und gesetzeswidrig zu einem Instrument für massenhafte Einwanderung umfunktioniert worden ist. Wir sind nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen und treten auf allen politischen Ebenen, auch im Landkreis Gifhorn für Korrekturen dieser Fehler und gegen einen weiteren Funktionswandel des Asylrechts ein. Nicht erst seit 2015 ist das europäische Asylsystem ins Wanken geraten. Immer mehr verschwimmen die Grenzen zwischen echten Asylsuchenden und Trittbrettfahrern, sog. Wirtschaftsmigranten. Das führt zu dem, dass der Ruf von Asylbewerbern massiv beschädigt wird. Zum anderen bleibt immer weniger Geld für wirkliche Hilfe übrig. Während die deutsche Entwicklungshilfe die Push-Faktoren der Flucht endlich in den Griff bekommen muss, verbleibt es in der Verantwortung der Kommune einen Teil der Pull-Faktoren hierzulande zu vermindern.

- Wir fordern eine Beendigung der Duldungspraxis ausreisepflichtiger Ausländer durch die kommunalen Ausländerbehörden. Die verbreitete Abschiebeverweigerung durch Ausländerbehörden ist zu beenden.
- Der Vollzug der Ausreisepflicht von Ausländern ohne Bleiberecht ist unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten konsequent umzusetzen, Kettenduldungen müssen beendet werden. Ausreisepflichtige Ausländer sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zentral unterzubringen.
- Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, die ausreisepflichtige Migranten/ Asylbewerber auf ihre Rückkehr vorbereiten. Wir wollen daher die „Stabsstelle Integration“ in „Stabsstelle für Asyl und Remigration“ umwandeln. Die Ehrenamtskoordination (Flüchtlingshilfe) ist ersatzlos zu streichen.
- Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, Asylbewerber mit Sachleistungen statt Geldleistungen zu versorgen.

- Wir sprechen uns gegen die Selbstdeklaration niedersächsischer Städte, wie die Stadt Gifhorn, zu „sicheren Häfen“ für Migranten aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Die Forderung von Lokalpolitikern, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten in den Landkreis zu holen, ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden.

## 15. Solide Finanzen

Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir können selbst am besten darüber (mit)entscheiden, wofür wir unsere verfügbaren Mittel verwenden wollen. Wir wehren uns daher gegen die zunehmende Entmündigung durch steigende Steuerbelastungen und die kalte Enteignung durch Inflation.

- Der Haushalt des Landkreis Gifhorn muss auch für die steuerzahlenden Bürger transparenter werden, so dass sich diese ein eigenes Bild über die Verwendung ihrer Zwangsabgaben verschaffen können.
- Der Abstimmungsprozess und die Festlegung der Kreisumlage wie auch deren geplante Verwendung sollen unter Information der Öffentlichkeit und in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden stattfinden.
- Nur ein schuldenfreier Haushalt ist ein nachhaltiger Haushalt. Es darf nicht mehr ausgegeben werden als vorher eingenommen wurde. Nur so haben nachkommende Generationen frei von finanziellen Belastungen die Chance darüber zu entscheiden, was für sie wichtig ist. Das Schneeballsystem einer steigenden Verschuldung muss gestoppt werden.
- Wahrung des Konnexitätsprinzips: Die von Bund und Land übertragenen Aufgaben sind durch diese vollständig zu finanzieren. Der Landrat und die Kreisverwaltung haben sich bei der gesetzgebenden Politik dafür einzusetzen.
- Sämtliche Förderungen und freiwilligen Aufgaben des Kreises müssen einer ergebnisorientierten Prüfung unterworfen werden. Grundsätzlich wollen wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten alle ideologisch motivierten Ausgaben unverzüglich streichen. Einsparungen im Haushalt sollen zugunsten der Städte und Gemeinden erzielt werden.